

Ingo Schmidt

Peer Steinbrück: Marxist in Nadelstreifen?

Die SPD hat einen Kanzlerkandidaten. Ein Mann aus gutem Hause. Der Vater Architekt, Urgroßonkel Adalbert Delbrück Mitbegründer der Deutsche Bank, Onkel Ernst Präsident des Statistischen Reichsamtes. Peer setzt die elitäre Familientradition im Staatsapparat fort. Nach Militärdienst und Studium arbeitete er in verschiedenen Bundesministerien, Kanzleramt, als Referent der SPD-Bundestagsfraktion sowie für verschiedene SPD-Minister. Er war selbst Minister in Schleswig-Holstein und Nordrheinwestfalen, wo er schließlich die Nachfolge von Ministerpräsident Clement antrat, als dieser 2002 ins Bundeskabinett wechselte. Die Landtagswahl 2005 setzte er mit einem Negativrekord für die SPD in den Sand, wurde aber von Angela Merkel als Finanzminister in die Große Koalition berufen. In dieser Position konnte er die Deregulierung des Finanzsystems fortsetzen, an der er schon als nordrheinwestfälischer Wirtschafts- und später Finanzminister mitgearbeitet hatte. Während seiner Düsseldorfer Amtszeit führte die Bundesanstalt für Dienstleistungsaufsicht (BaFin) eine Sonderuntersuchung gegen die damals noch öffentlich-rechtliche WestLB durch. Aufgrund der dabei zutage geförderten Unregelmäßigkeiten im Investment Banking, in das die WestLB 1996 eingestiegen war, musste Vorstandsvorsitzender Jürgen Sengera seinen Hut nehmen. Auch der Einstieg der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau bei der in Düsseldorf ansässigen IKB Deutsche Industriebank erfolgte mit Steinbrücks ministerieller Rückendeckung. Als Bundesfinanzminister sorgte er mit Milliarden aus dem Steuereinsäckel dafür, dass die privaten Gelder, die bei WestLB und IKB, ebenso wie bei Hypo Real Estate und einer Reihe weiterer Landesbanken, angelegt waren, nicht vollends in den Entwertungsstrudel der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise gerieten. Öffentlich präsentierte sich Steinbrück allerdings nicht als Helfer reicher Freunde, sondern als Beschützer verängstigter Kleinsparer, die es ihm mit positiven Umfragewerten dankten. Polternde Kritik an Steuerhinterziehung und Schweizer Bankgeheimnis erhöhten seine Beliebtheit bei Normalsteuerzahlern noch und die Forderung nach strenger Bankenregulierung, mit der er sich jüngst als SPD-Kanzlerkandidaten empfahl, trifft ebenfalls auf breite Zustimmung. Hat er eingesehen, dass entfesselte Finanzmärkte zu Finanz-, Weltwirtschafts- und Euro-Krise ihr gerüttelt Maß beigetragen haben? Will er seine Mitgliedschaft in der

politischen Elite, diesem geschäftsführenden Ausschuss der Bourgeoisie, dazu nutzen, für die Rechte der kleinen Leute zu streiten?

Nach der Aufgabe ihrer gemeingefährlichen, sprich: revolutionären, Bestrebungen gegen Ende des 19. Jahrhunderts war es stets das Ziel der SPD am Tisch der Herren Platz zu nehmen, um das Recht ihrer arbeitenden Massenbasis auf einen gerechten Lohn für ein gerechtes Tagwerk einzufordern. Zwischen Absturzphase und staatlichen Rettungsprogrammen erklärte Steinbrück dem Spiegel, dass „gewisse Teile der marxistischen Theorie doch nicht so verkehrt seien.“ Seit er sich als gestrenger Bankenregulierer in Szene setzt, kann man sich auch vorstellen, welche Teile dieser Theorie gemeint waren. Um der angestrebten Klassenkollaboration eine strategische Richtung zu geben, hatte Rudolf Hilferding den Marxismus dahingehend umgedeutet, dass Krisen durch die Zusammenarbeit von Unternehmern, Bankiers, Gewerkschaftsführern und Parlament verhindert werden könnten. In der Frühphase des Kapitalismus sei dies nicht möglich gewesen, weil eine unüberschaubare Zahl kleiner Kapitalisten auf Teufel komm raus und am gesellschaftlichen Bedarf vorbei produzieren würden. Wiederkehrende Absatzkrisen waren die unausweichliche Folge. Mit der Herausbildung des Monopolkapitalismus werde es jedoch möglich, sich im kleinen Kreise über Produktions- und Absatzzahlen zu verständigen und auf diese Weise eine gleichgewichtige Entwicklung von Angebot und Nachfrage zu gewährleisten. Durch Beteiligung von Gewerkschaftsführern und Parlamentariern sei es darüber hinaus möglich, die Produktion am Bedarf breitester Bevölkerungskreise auszurichten. Im Kriegssozialismus 1914/18 sah Hilferding den Kern solch eines organisierten Kapitalismus, dem er in der Weimarer Republik eine demokratischere Form zu geben suchte. Als Finanzminister musste er 1929 allerdings miterleben, dass die Wirtschaft trotz demokratischer Verfassung und einem gegenüber dem Kaiserreich erheblich ausgeweiteten Staatsapparat samt dazugehöriger Kommissionen und informeller Gesprächsrunden mangels zahlungsfähiger Nachfrage zusammenbrach. Über den Umgang mit der Krise debattierten die Monopolherren dann doch lieber unter sich; ohne Gewerkschaftsspitzen und Parlamentsvertreter. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise kommt auch die Demokratie auf den Hund. Ein Trend, der sich auch beim gegenwärtigen Management der Euro-Krise wieder deutlich abzeichnet aber schon lange davor begonnen hat.

Der lange Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg erlaubte die Entwicklung einer Verbändedemokratie, die Hilferdings Vorstellung des organisierten Kapitalismus recht nahe kam, der zu dessen Lebzeiten aber die ökonomische

Basis gefehlt hatte. Allerdings zeigte sich schnell, dass Gewerkschaftsführungen zu Transformationsriemen umfunktioniert wurden, die ihrer Basis die Imperative der Kapitalakkumulation zu erklären hatten statt die Interessen dieser Basis gegen das Kapital wahrzunehmen. Zudem erwiesen sich gewählte Volksvertreter immer mehr als Staatsrepräsentanten. Der Neuen Linken, die Wirtschaft und politisches System demokratisieren wollte und zu diesem Zweck auch die Zurückdrängung oder völlige Überwindung der Herrschaft des Kapitals anstrebte, stellte sich, neben anderen, Helmut Schmidt entgegen. Der Kanzler, der im Nachhinein als genialer Krisenmanager erscheint, der das Modell Deutschland durch die stürmische See wiederkehrender Wirtschaftskrisen geführt habe, war an entscheidender Stelle für den Umschwung von Sozialstaatsausbau zu Haushaltskonsolidierung und die Marginalisierung der linkskeynesianischen und marxistischen Strömungen in der SPD verantwortlich. Schmidt Schnauze, der heute als Mentor von Klare Kante Steinbrück auftritt und damit die Hoffnung verbreitet, die gegenwärtige Krisen werde ebenso vorübergehen wie die der 1970er Jahre.

Die Hoffnung hegen viele; zumal in Deutschland, dessen Exportwirtschaft einen großen Teil der bislang aufgelaufenen Krisenkosten anderen Ländern aufgebürdet hat. Gleichwohl ist der Glaube an eine baldige Krisenüberwindung ist gering. Selbst Ökonomen, die man ansonsten als Gesundheitsbeten des Kapitalismus kennt, bereiten die Öffentlichkeit auf anhaltende Wirtschaftsschwäche, Arbeitslosigkeit und eine nicht abreißende Kette von Sparmaßnahmen vor. Dagegen schützen auch Steinbrücks Poltereien nichts, es ist nicht einmal sicher, dass sich damit eine Wahl gewinnen lässt. Schließlich hat sich Angela Merkel seit Krisenbeginn als Meisterin der Beruhigung erwiesen. Auch in schwierigen Situationen und trotz Kritik von allen Seiten erscheint sie als ruhender Pol, als die Art souveräner Krisenmanagerin, die Schmidt in der Rückschau repräsentiert. Wenn ihr die Euro-Krise bis zur Bundestagswahl nicht um die Ohren fliegt, was durchaus möglich ist, hat sie gute Chancen wiedergewählt zu werden. Steinbrück soll's recht sein. Seine Politik der Bankenpflege mit gelegentlichen Pöbeleinlagen fürs einfache Volk könnte er als Finanzminister unter Merkel dort fortsetzen, wo er nach dem Ende der letzten großen Koalition 2009 aufhören musste. Hilferding war ein Marxist in Nadelstreifen, der seine Illusionen über die demokratische Organisierbarkeit des Kapitalismus in einem Gestapo-Gefängnis mit dem Leben bezahlt hat. Bei Steinbrück sind Nadelstreifen und große Klappe Kostümierungen eines Apparatschiks. Mit seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten, die wohl besser als Bewerbung für das Amt des Bundesfinanzministers zu bezeichnen wäre, hat die SPD bestätigt, dass sie

für Alternativen zur Politik Merkels nicht zur Verfügung steht. Die Linke, die sich im Namen solcher Alternativen gegründet, bislang aber wenig vorzuweisen hat, sollte sich im Willy-Brandt-Haus bedanken. Mit der Kandidatur Steinbrücks erhält sie noch einmal die Chance, Alternativen links einer großen Koalition ins Spiel zu bringen. Bislang ist sie an diesem selbstgesetzten Anspruch immer wieder gescheitert.

Oktober 2012